

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauzeitung

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Buchdruckerei: Stadtamt Dresden, Straße Blasewitz Nr. 606

Postleitzettel: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Berlag: Elbgau-Dachdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & So., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Leitung Carl Dräse. Für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
89. Jahrgang

Anzeigen werden die 8 geplante Zeit-Zelle mit 20 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4 geplante Zelle mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Preisnotizen und schwierigen Sachen werden mit 50 % aufgezogen berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorne 11 Uhr. Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Interessenten sind sofort bei Erreichung der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Kürze umgebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage ob Rentur d. Nutragsbedarf.

Nr. 64

Donnerstag, den 17. März

1927

Das Klagespiel der deutschen Landwirtschaft

Dr. Schiele bezeichnet als Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik die Schaffung eines Agrar-Industriestaates — Sachsen's Handwerk klagt über beispiellosen Auftragsmangel — Die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien sind mit der in Genf getroffenen Lösung des Schulstreites zufrieden

Schon 250 Millionen mehr ausgegeben!

Im Reichstag standen gestern nachmittag zwischen dem Reichsanziger, dem Reichsminister und den Vertretern der Regierungsparteien Besprechungen über die Finanz- und Staatslage statt. Durch die bisherigen Beschlüsse und Anträge der Ausschüsse wurden etwa 250 Millionen Mehrausgaben entstanden. Darunter sind jedoch 250 Millionen, die von dem vorigen Finanzminister für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge vorgelagert sind, für die aber keine Bedeutung vorhanden ist. Beschlüsse wurden noch nicht ge-
tzt.

Was die Erwerbslosenfürsorge kostet

Im Steuerausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Popitz, daß Achtungsjahr 1926 habe eine

Erwerbslosenfürsorgebelastung von 1,8 Milliarden Mark

gebracht, davon 590 Millionen Beiträge der Arbeitgeber, Arbeitnehmer usw., 670 Millionen Lasten der öffentlichen Körperhaften und 40 Millionen RM. Krisenfürsorge. Davon hätten die Gemeinden 150 Millionen, die Länder 250 Millionen und das Reich 270 Millionen RM. aufgebracht. Falls die Beiträge in diesen Jahren die gleichen wären, wie im Vorjahr, würde den Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen RM. abgenommen werden.

Die Wirkung für die Länder, so fährt der Redner fort, ist verschieden. Sachsen hatte zum Beispiel bei einem Reichsdurchschnitt von 29 Unterstütteten im Januar 40 Unterstüttete auf 1000 Einwohner. Bayern nur 27,4, Hamburg 33,9.

Der Vertreter Sachsen's, Ministerialdirektor von Sichert, erklärte, Sachsen habe das allererste Bestreben, die Erwerbslosen unter allen Umständen zu lenken.

Ein Versprechen der Reichsbahn

Im Haushaltsausschuß des Reichstages legte Reichsverkehrsminister Dr. Koch aus, daß die Kosten, die die Reichsbahn durch die Dammabmarchen auferlegt worden seien, zunächst eine Phase gehabt haben; wo die Reichsbahn ihre Selbstständigkeit, ihren kaufmännischen Geist usw. besonders darf betont habe. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung habe der Geist sich gewandelt, und heute könne man

der Reichsbahn bezingen, daß sie sich nicht mehr auf den reinen Rechtsstandpunkt des Eisenbahngesetzes stelle,

sondern daß der Generaldirektor der Reichsbahn friedlich mit dem Reichsverkehrsminister die Wünsche und Beschwerden zu erledigen versuche, die besonders

Die Existenz des ganzen Volkes

hängt von dem Wohlergehen der Landwirtschaft ab

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung stand die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes des

Reichsnährungsministeriums.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erstattete den Ausschußbericht.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele

leitete die Beratungen ein und erklärte, daß niemand stärkeres Interesse an einer leistungsfähigen Landwirtschaft habe als gerade die Verbraucher, die städtische Bevölkerung.

In den drei Jahren seit der Stabilisierung ist der Landwirtschaft eine Schuld aufgebürdet worden, die in Kapital mehr als die Hälfte der gesamten Kriegsverschuldung erreicht.

Der Zollschutz ist nicht als ein Geschenk für die Landwirtschaft zu betrachten, sondern als

eine Sicherungsmöglichkeit für die zukünftige Ernährung der städtischen Verbraucher

Die Reichsregierung ist entschlossen, rechtzeitig dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, durch die der rückbauende Landwirtschaft und der Güterindustrie für die kommende Kampagne der erforderliche Zollschutz gewährt wird.

In der Landwirtschaft liegen noch große Möglichkeiten für die Steigerung der Beschäftigungszieffern

Die Nahrungsmittelversorgung wirkt geradezu als eine Aussperrung deutscher Arbeitskraft. Auch die deutsche Arbeiterschaft wird erkennen, daß der einheitliche Plan einer nationalen Wirtschaftspolitik durch

Intensivierung der Landwirtschaft eine starke und günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben muß.

von den Beamten und Angestellten und von den Berufsinteressenten und der Industrie an sie gestellt würden, und zum Teil an die Reichsbahn als das größte Unternehmen Deutschlands im staatlichen und sozialen Interesse gestellt werden müßten. Ohne den englischen Bergarbeiterstreik wäre das Ergebnis der Reichsbahn im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht so ausgefallen, wie es der Fall sei. Der Vorwurf der Vereicherung sei unberechtigt.

Ramf der Gemeindegebräusesteuer!

Die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung teilt mit, daß sie nach wie vor die

Es gibt keinen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Arbeiterschaft

Die richtige Produktionspolitik ist zugleich auch die wirksamste Lohnpolitik. Wir brauchen ein soziales Agrarpolitik, das neue Ausbildungsmöglichkeiten zu Selbständigkeit und Eigentum erschließt.

Innere Kolonisation

Ist das wichtigste Hilfswerk für die Umwidmung unserer Bevölkerung und für die Lösung des Kernproblems unserer Volkswirtschaft. Aber wir können die Landflucht nur bannen, wenn wir durch eine zielflare und einheitliche Wirtschaftspolitik den Erfolg der bäuerlichen Arbeitssicherung.

Darin liegt auch die beste Sicherung unserer Zukunft als Staat und Volk.

Die Aussprache

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.) erinnert daran, daß in der Inflationszeit, als es den Landwirten glänzend ging, Schiele prophezeite habe, daß nur die freie Wirtschaft helfen könne; Hoffentlich werde er jetzt auch gegen jede Staatsunterstützung und Subvention austreten. — Abg. Dr. Berlinius (Gr.) berechnet die Verschuldung der Landwirtschaft noch höher als der Minister. — Abg. Heyp (D. Bp.) erhofft von den Bewilligungen des Reichstages eine merkliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, erblieb aber darin nur das Minimum dessen, was die Landwirtschaft verlangen müsse. — Abg. Hoernecke (Komm.) erklärt, Minister Schiele habe hier heute nur das Programm des Vabundes vorgetragen. — Abg. Dietrich-Baden (Dem.) kritisiert die Bindungen der Hypothekenbanken, die das Bürgerliche Gesetzbuch außer Kraft setzen. — Abg. Kerschbaum (Bayr. Bauernbund) unterstreicht die Anspannung des Vabundes, daß der Bauernstand das Fundament des Staates sei. — Abg. Dienreiter (Bayr. Bp.) begrüßt die verstärkung der Mittel zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Befreiung der Gemeindegebräusesteuer in ihrer Gesamtheit mit dem 31. März 1927 fordert und nicht gewillt ist, in diesem Falle irgendwelche Konzessionen zu machen.

Kaudell hat neue Angriffe zu erwarten

Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die bevorstehende Beratung des Reichsinnenministeriums im Reichstage zu einer sehr lebhaften Debatte Anlaß geben wird. Man erwartet allgemein, daß die Opposition schwere Angriffe gegen Kaudell richten wird. Der Staat des Innensenministeriums soll bis Sonnabend erledigt werden, damit am Montag die außenpolitische Debatte beginnen kann.

Englands Genseg Sieg

England ist mit einem unverkennbaren Erfolg aus Genf nach Paris zurückgekehrt. Die französische Presse tut diesem Erfolg auch alle Ehre an, hütet sich aber wohlweislich, ein allzu lautes Triumphgeschrei auszustoßen. Offenbar in der Erkenntnis, daß die beiden Fragen, die durch den Rat im französischen Sinne geregelt wurden, immerhin nicht so wichtig sind, daß man hier von einem Sieg sprechen könnte.

Ganz anders gestaltet sich die Aufnahme der Rückkehr Chamberlains in der englischen Öffentlichkeit. Auch bei der Beurteilung, die die Londoner Presse dem Ergebnis von Genf widmet, spielt die Gestaltung der Saarfrage und das Kompromiß in der oberösterreichischen Angelegenheit nur eine untergeordnete Rolle. Die einzige und wirklich große Sensation der nunmehr abgeklungenen Tagung von Genf sieht man vom englischen Gesichtspunkt aus in der Bereitschaftserklärung Italiens, den Bessarabien-Vertrag zu ratifizieren. Selbstverständlich interessiert die englische Öffentlichkeit nicht so sehr das Sachliche dieses Schrittes, als mehr die Voraussetzungen und Begleiterscheinungen, die ihm bedingen. Das heißt mit anderen Worten: London erbliebt in dem Besluß Roms lediglich die für die englische Politik erfreuliche Tatsache, daß sich nunmehr Italien vollkommen auf die Seite Englands stellt.

Bis zu welcher Überschätzung die englische Presse in ihrem Jubel über den Schritt Italiens sich verleiht, das lehnen die Ausführungen des "Daily Telegraph", die von einer Beendigung der englischen Polierung in Europa sprechen und die italienische Initiative als das Anzeichen eines bedeutungsvollen Wechsels der internationalen Gruppierung der Mächte bezeichnen. Selbstverständlich wird Mussolini mit den schmeichelhaften Ausdrücken gefeiert. Man weiß darauf hin, daß er, als Frankreich sich weigerte, sich an einer Flottenaktion in Shanghai zu beteiligen, dem italienischen Seebeschleißhaber Befehl erteilt habe, mit dem englischen Admiral eng zusammenzuarbeiten. In Genf sei jetzt Italien zum zweiten mal hilfreich in die Bresche gestritten, gewissermaßen zum Ausgleich für die Weigerung Deutschlands, sich zugunsten einer englisch-deutschen oder westlichen Solidarität in Sowjetrußland unbeliebt zu machen. Dieses Heranziehen der deutschen Politik in die Untergründe des italienischen Schrittes enthebt jeder Grundlage, denn niemals ist der deutsche Delegation in Genf von irgendwelcher Ententeseite der Vorschlag gemacht worden, sich einer "westlichen Solidarität" gegen Rußland anzuschließen; folglich kann ihm Deutschland auch niemals abgelehnt haben.

Wir wenig beruhigend die leicht Genfer Tagung auf die weltpolitische Spannung eingewirkt hat und wie stark im Gegenteil gerade die "Hauptensation" der Genfer Aussprache, die Erklärung Scialoja's, die politische Situation zugespielt hat, das geht schon aus der starken Bewertung des vorgelegten Beschlusses des Königs von Jugoslawien in Paris hervor. Die Pariser Presse kennzeichnet die Stimmung in Belgrad als außergewöhnlich erregt und begründet diese Erregung gerade mit diesem